

Pressekontakt:
Kaan Bağcı
info@bk-mo.de
01520 6862206

PM der BKMO zum 1. Jahrestag des Anschlags in Hanau: Wo bleibt die Wende im Umgang mit Rassismus?

Berlin, 17. Februar 2021

Am 19. Februar 2020 ermordete ein Rassist in Hanau kaltblütig neun junge Menschen mit Migrationsbiographie. Ein Jahr danach zieht die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) eine nüchterne Bilanz: Die so nötige, grundsätzliche Wende im Umgang mit Rassismus bleibt weiterhin aus.

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin. Ihre Namen werden wir nicht vergessen. Die BKMO solidarisiert sich mit den Angehörigen der Opfer und den Überlebenden und schließt sich vollständig den Forderungen der Initiative 19. Februar nach Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen an.

„Hanau schmerzt uns, aber es überrascht uns nicht. Es werden immer wieder rechtsextreme Netzwerke der Polizei aufgedeckt, die Täter sind meistens polizeibekannt und es taucht immer wieder das Narrativ des Einzeltäters auf. Die Familien der Opfer von Hanau sagen, sie seien fassungslos über das Schweigen der Polizei. Wir sind auch fassungslos. Wir sind fassungslos über das Schweigen der gesamten Gesellschaft zum Thema des strukturellen Rassismus, der Strafverfolgung und zur vollständigen Aufklärung der Taten“, sagt Marianne Ballé Moudoumbou, Mitglied im Vertreter*innenrat der BKMO.

Der 19. Februar reiht sich seit letztem Jahr leider ein in die zahlreichen Mahn- und Gedenktagen als Folge rassistischer und rechtsextremer Gewalt. Er ist Ausdruck dessen, was für die deutsche Politik im Umgang mit Rassismus charakteristisch ist: Verharmlosung, wenig Handlungsbedarf und mangelndes Verantwortungsbewusstsein. „Im Kontext von Hanau, Halle, bei der Ermordung von Walter Lübcke und nach der Selbstenttarnung des NSU wurde immer wieder von einer Zäsur gesprochen, was uns schon sehr verwundert. Das blendet Teile der deutschen Geschichte aus, von denen wir nur wissen, weil Widerstandsbewegungen und gesellschaftliche Akteur*innen immer die Aufklärungsarbeit leisten, die dann von Journalist*innen nach außen getragen wird“, verdeutlicht Saraya Gomis, Mitglied im Begleitausschuss der BKMO. „Nein, Rassismus und rechtsextreme Gewalt haben eine traurige Kontinuität in Deutschland und sind keineswegs nur eine Zäsur.“

„Das Jahr nach Hanau zeigt uns einmal mehr, dass ein produktiver Umgang mit Rassismus und die Aufklärung von rechtsextremistischen Anschlägen leider am politischen Unwillen und an der Unfähigkeit von Behörden scheitern“, sagt Sami Dzemailovski, Mitglied im Vertreter*innenrat der BKMO. „Wir wissen, dass sich Hanau morgen wiederholen kann. Nichts hat sich in diesem einen Jahr getan – ganz im Gegenteil: Das fragwürdige und



nachlässige Vorgehen der Behörden hat einen Vertrauensverlust der Angehörigen in die Behörden und schließlich in den Rechtsstaat zur Folge. Leider fühlen wir uns ein Jahr nach Hanau nochmals in unseren Forderungen bestätigt.“

Um dem Umgang mit Rassismus die Ernsthaftigkeit zu verleihen, die es verdient, und um eine dauerhafte und nachhaltige Auseinandersetzung mit Rassismus anzustoßen, hat die BKMO und ihr Expert*innengremium eine [Antirassismus-Agenda 2025](#) vorgelegt und dem Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus konkrete Vorschläge für den so nötigen Paradigmenwechsel gemacht. Darin fordern wir u.a. die Etablierung eines eigenständigen Ministeriums für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft, unabhängige Beschwerde- und Anlaufstellen für Betroffene von Rassismus in jeder Institution und Behörde, eine umfassende, schulische Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus und Diskriminierung sowie ein Partizipationsgesetz auf Bundesebene. Farhad Dilmaghani, Mitglied des Begleitausschusses, ergänzt abschließend: „Als Grundlage für alle Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus brauchen wir außerdem dringend eine gesetzlich verankerte Definition von Rassismus. Nur so können der Staat und die Behörden überhaupt handlungsfähig werden in diesem Themenfeld.“

26% der Menschen in Deutschland haben Migrationsgeschichte und brauchen eine Stimme: Die Bundeskonzferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) ist ein Zusammenschluss von über 50 Migrant*innenorganisationen mit dem bundespolitischen Anspruch, als Ansprechpartner von Bundestag und Bundesregierung politische Impulse zu setzen und zu einer zukunftsgerichteten, alle umfassenden und teilhabeorientierten Politik beizutragen. www.bundeskonzferenz-mo.de

Der Vertreter*innenrat der BKMO

Michael AlliMadi, Panafrikanische Organisation; **Ehsan Djafari**, Iranische Gemeinde in Deutschland e.V.; **Sami Dzemailovski**, Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege Empowerment und Diversity; **Meral El**, neue deutsche organisationen e.V.; **Dunja Khoury**, Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine; **Mamad Mohamad**, Landesnetzwerk Migrantorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.; **Marianne Ballé Moudoubou**, Pan African Women's Empowerment and Liberation Organisation; **Galina Ortmann**, Bundesverband interkultureller Frauen BiFeV; **José Manuel Paca**, Dachverband der Migrantorganisationen in Ostdeutschland; **Dr. Kamila Schöll-Mazurek**, Polnischer Sozialrat e.V.; **Susanna Steinbach**, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.; **Karen Taylor**, Each One Teach One (EOTO) e.V.; **Efe Ural**, Young Voice TGD e.V.

Der Begleitausschuss der BKMO

Eva Andrades, Antidiskriminierungsverband Deutschland; **Ferda Ataman**, neue deutsche organisationen e.V.; **Farhad Dilmaghani**, DeutschPlus e.V.; **Sara Djahim**, korientation e.V.; **Emran Elmazi**, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma; **Martin Gerlach**, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.; **Saraya Gomis**, Each One Teach One (EOTO) e.V.; **Mamad Mohamad**, Landesnetzwerk Migrantorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.; **Dr. Deniz Nergiz**, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat; **Dr. Marta Neüff**, Polnischer Sozialrat e.V.